

Stadt Grevesmühlen

Vorlage öffentlich

VO/12SV/2022-1621

öffentlich

Beschluss über die Änderung der Anlage 1 zum öffentlich-rechtlichen Vertrag vom 13.05.2019 zur Weiterführung der bestehenden Verwaltungsgemeinschaft

<i>Organisationseinheit:</i> Haupt- und Ordnungsamt <i>Sachbearbeiter:</i> Pirko Scheiderer	<i>Datum</i> 15.02.2022 <i>Verfasser:</i> Scheiderer, Pirko
--	--

<i>Beratungsfolge</i>	<i>Geplante Sitzungstermine</i>	<i>Ö / N</i>
Hauptausschuss Stadt Grevesmühlen (Vorberatung)	25.04.2022	Ö
Stadtvertretung Grevesmühlen (Entscheidung)	27.06.2022	Ö
Finanzausschuss Stadt Grevesmühlen (Vorberatung)	30.05.2022	Ö
Hauptausschuss Stadt Grevesmühlen (Vorberatung)	14.06.2022	Ö

Beschlussvorschlag

Die Stadtvertretung beschließt die Änderung der Anlage 1 zum öffentlich-rechtlichen Vertrag zur Weiterführung der bestehenden Verwaltungsgemeinschaft vom 13.05.2019 in der Fassung des anliegenden Entwurfs.

Sachverhalt

In der bisherigen Anlage 1 zum öffentlich-rechtlichen Vertrag zur Weiterführung der bestehenden Verwaltungsgemeinschaft sind mehr Produkte enthalten, als umlagefähig sind. Dies resultiert daraus, dass die Liste der Produkte bei der Erarbeitung der Anlage 1 zur Beschlussfassung durch die Stadtvertretung am 18.02.2019 zur Beschlussnummer VO/12SV/2019-063 dem Abrechnungsmodus entnommen war, wie er bis einschließlich des Jahres 2019 angewendet wurde. Mit Inkrafttreten des neuen Vertrages am 1. Januar 2020 wurden jedoch alle Beschäftigten, die Aufgaben für die gemeinsame Verwaltung wahrnehmen, dem Produkt 11201 "Personalwesen" zugeordnet. Dabei erfolgt die Kostenverteilung der jeweiligen zeitlichen Anteile, die für andere Aufgaben bzw. Produkte aufgewendet werden, über eine Umlage.

Außerdem ist bei der praktischen Anwendung der Berechnungsgrundlage

aus dem oben genannten Vertrag aufgefallen, dass darin keine Umlage der Kosten enthalten ist, die entstehen, wenn zur Überbrückung von personellen Engpässen z.B. bei Eltern- oder Krankheitszeiten die Inanspruchnahme eines Personaldienstleisters erforderlich ist. Deshalb erscheint hierzu eine Klarstellung erforderlich.

Die Änderung tritt rückwirkend zum 01.01.2021 in Kraft.

Finanzielle Auswirkungen

Es könnte eine höhere Verwaltungsumlage dadurch entstehen, dass Personaldienstleistungen in Anspruch genommen werden. Diese möglichen Mehraufwendungen sind jedoch nicht darstellbar, weil deren Anfall und Höhe ungewiss sind und zudem in jedem Einzelfall stark variieren können. Eine Deckelung dieser möglichen zusätzlichen Aufwendungen erfolgt jedoch durch die Festlegung des maximal über diesen Weg zu beschäftigenden Personals.

--	--	--

Anlage/n

1	Anlage 1 oer-Vertrag nach Prüfg. RPA (öffentlich)
---	---